

Im Sog der Krise

Berufsausbildung. In der dualen Berufsausbildung halten sich momentan beide Seiten zurück: Die Unternehmen bieten weniger Ausbildungsplätze an und auch viele Schulabsolventen sind unsicher, ob jetzt gerade der richtige Zeitpunkt ist, eine Lehre zu beginnen. Für Achim Dercks ist die Sache jedoch klar: Auch nach Corona müsse man mit einem wachsenden Fachkräftemangel rechnen, sagt der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des DIHK im Interview – und rät beiden Seiten zur Ausbildung auch in Pandemiezeiten.

—> [Seiten 2-5](#)



Europäische Union

Die EU-Kommission will die Corona-Krise mit einem Fonds in Höhe von 750 Milliarden Euro bekämpfen. Davon würden vor allem osteuropäische Länder profitieren.

—> [Seiten 6-7](#)

Corona

Wissenschaftler auf der ganzen Welt suchen mit Hochdruck nach einem Mittel gegen Covid-19. Dabei haben offenbar deutsche Forscher die Nase vorn.

—> [Seiten 10-11](#)

Ein Schutzschirm für Azubis

Berufsausbildung. Die Corona-Pandemie setzt auch den Ausbildungsmarkt unter Druck. Nicht nur Unternehmen halten sich mit ihrem Angebot an Ausbildungsplätzen zurück, auch viele Jugendliche zögern, in diesem Jahr eine Berufsausbildung zu beginnen. All dies verschärft den Fachkräftemangel.

Die Corona-Krise stellt zahlreiche Unternehmen vor große Herausforderungen: Zwar können die meisten Betriebe in Deutschland bislang Entlassungen weitestgehend vermeiden – seit März 2020 waren lediglich 82.700 Zugänge in Arbeitslosigkeit aus Beschäftigung zu verzeichnen. Doch die Zahl der Anzeigen von Kurzarbeit hat im April mit mehr als zehn Millionen Personen ein Rekordhoch erreicht. Im Vordergrund steht derzeit, möglichst viele Beschäftigte zu halten, um nach der Krise wieder durchstarten zu können.

Das stark gesunkene Arbeitsvolumen und der zunehmende Kostendruck führen dazu, dass viele Unternehmen momentan auf Neueinstellungen verzichten. So gab es im März 2020 rund 115.000 weniger offene Stellen als im Vorjahr. Diese Zurückhaltung schlägt sich auch auf dem Ausbildungsmarkt nieder, denn es werden aktuell deutlich weniger Plätze als in den vergangenen Jahren neu besetzt (Grafik Seite 3):

Von Oktober 2019 bis Ende Mai 2020 wurden bei der Bundesagentur für Arbeit insgesamt gut 46.000 betriebliche Ausbildungsstellen weniger gemeldet als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Das entspricht einem Minus von rund 9 Prozent. Ursache für diesen rapiden Rückgang der Ausbildungsplatzzahl ist, dass viele Betriebe vorübergehend vollständig schließen mussten – beispielsweise im Einzelhandel, in der Gastronomie oder im Automobilbau. Und wer nicht von Schließungen betroffen war, musste häufig seine Geschäftstätigkeit kurzfristig auf die Arbeit im

Homeoffice umstellen oder massive Auftragseinbrüche verkraften.

Weil niemand weiß, wie lange die Krise noch andauert und wie umfangreich die Auswirkungen sein werden, sind zahlreiche Unternehmen verunsichert und halten sich mit der Neueinstellung von Auszubildenden zurück. Auch die Jugendlichen selbst zaudern. Viele von ihnen überlegen, wegen der Pandemie ihren Ausbildungsstart um ein oder zwei Jahre zu verschieben. So ist auch die Nachfrage am Ausbildungsmarkt zurückgegangen:

Die Zahl der gemeldeten Bewerber ist in diesem Beratungsjahr bislang um rund 39.000 gesunken.

Ähnlich wie schon in früheren Krisenjahren schauen sich Jugendliche nach Alternativen zu einer dualen Ausbildung um. Viele entscheiden sich momentan lieber für ein Studium.

Unternehmen müssen also zum einen neue Wege gehen, um Bewerber zu finden. Zum anderen müssen sie ihre Ausbildung aktuell umstellen. Denn Instrumente wie Kurzarbeit und flexible Homeoffice-Regelungen lassen sich nicht eins zu eins auf die Ausbildung übertragen. Homeoffice ist für Auszubildende nicht vorgesehen. Zudem stellt die Ausbildung im Homeoffice eine anspruchsvolle Betreuungsaufgabe dar, die neben der erforderlichen technischen Ausstattung auch flexible Wege bei der Qualifizierung erfordert.

Vielen Unternehmen, die in den vergangenen Wochen Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt haben, blieb keine andere Wahl, als dies auch für Auszubildende zu organi-

sieren. Kurzarbeit ist für den betrieblichen Nachwuchs allerdings nur dann möglich, wenn es keine andere Möglichkeit gibt. Unternehmen sind verpflichtet, alle Handlungsspielräume auszuschöpfen, bevor sie auch für Auszubildende Kurzarbeit beantragen können.

Zudem haben Auszubildende – auch bei Kurzarbeit – zunächst einen sechswöchigen Anspruch auf Fortzahlung der Ausbildungsvergütung. Dieser besondere Schutz ist ein wichtiges Signal an junge Erwachsene, die über eine Ausbildung nachdenken. Ihnen wird dadurch garantiert, dass alles getan wird, damit sie ihre Ausbildung erfolgreich beenden können.

Wie aber kann das in Pandemiezeiten gelingen? Anders als bereits fertig ausgebildete Fachkräfte benötigen Azubis Unterstützung, um ihren Arbeitstag zu strukturieren. Hinzu kommt, dass auch im Homeoffice die vorgeschriebenen Ausbildungsinhalte vermittelt werden müssen. Hierfür sind digitale Lernformate hilfreich – auch über die akute Krise hinaus.

Außerdem haben Unternehmen die Möglichkeit, die Reihenfolge der Ausbildungsinhalte anzupassen. So lassen sich theoretische Inhalte leichter von Bildschirm zu Bildschirm vermitteln als praktische Kenntnisse. Doch auch Letzteres ist mit passenden digitalen Angeboten grundsätzlich möglich – sei es mithilfe von Bildern, Videos, 3-D-Modellen, Virtual- oder Augmented-Reality-Anwendungen. Sogar für die Prüfungsvorbereitungen gibt es zahlreiche digitale Angebote. Das ist vor allem für Berufsschulen interessant, von denen viele nicht hinreichend auf digitales Lernen vorbereitet waren.

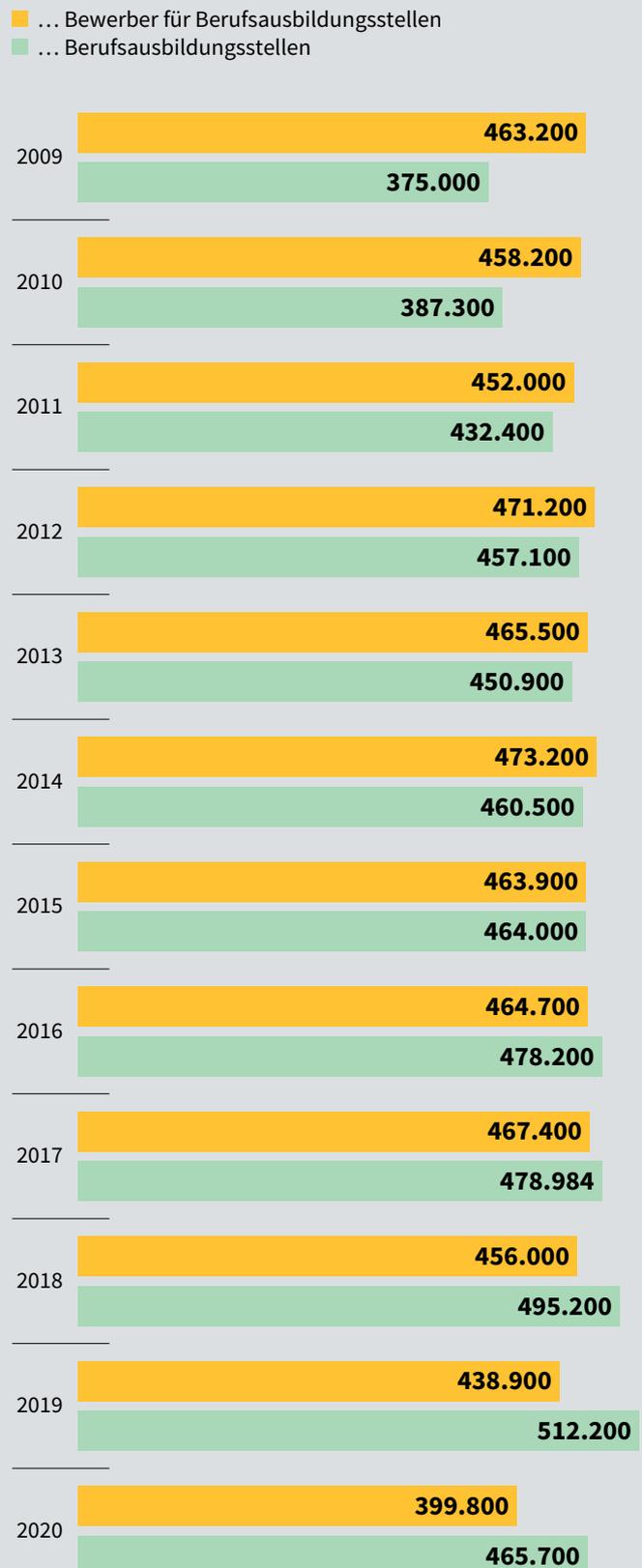
In der Krise zeigt sich zwar, dass es einen großen Anstieg bei digitalen Weiterbildungsaktivitäten gab. Allerdings wünschen sich viele Unternehmen mehr Informationen zu E-Learning-Angeboten sowie Erfahrungsberichte aus der Praxis. Den Unternehmen hilft es, wenn sie sehen, wie digitales Lernen in anderen Betrieben funktioniert. Das IW hat daher entsprechende Informationen auf der Homepage des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (kofa.de) bereitgestellt.

Welche Auswirkungen die Corona-Pandemie auf den Ausbildungsmarkt in Deutschland letzten Endes haben wird, hängt auch davon ab, wie stark die Wirtschaft in diesem Jahr einbricht. Die aktuellen Prognosen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) sind alles andere als ermutigend (Grafik Seite 4):

In diesem Jahr werden voraussichtlich weniger als 500.000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen werden.

Ausbildungsmarkt 2020: Weniger Stellen und weniger Bewerber

Gemeldete ... jeweils zwischen Oktober des Vorjahres und Mai



Das wären rund 25.000 weniger als im Vorjahr und damit deutlich zu wenig, um die Fachkräftebasis langfristig zu sichern. Denn die derzeitigen Jahrgänge der Schulabsolventen sind etwa doppelt so stark wie die nachrückende Azubi-Generation. Sollte die Wirtschaftsleistung in Deutschland gar um 7 oder mehr Prozent schrumpfen, könnten es sogar weniger als 460.000 Neuabschlüsse werden.

Für viele Unternehmen ist die aktuelle Situation aber auch deshalb ein ernsthaftes Ausbildungshemmnis, weil sie die Qualifizierung des Nachwuchses finanziell nicht mehr stemmen können. So zeigt eine BIBB-Erhebung, dass insbesondere das erste Ausbildungsjahr kostenintensiv ist. Bei dreijährigen Ausbildungsberufen liegen die Nettokosten der Betriebe im ersten Ausbildungsjahr bei 8.600 Euro, im dritten Ausbildungsjahr dagegen nur noch bei 2.200 Euro.

Derzeit dürfte aber entscheidend sein, dass ein Azubi im Schnitt jährlich 20.855 Euro an Bruttokosten verursacht, die zunächst zu finanzieren sind.

Denn ob Auszubildende in der Krise in der Produktion oder bei der Erstellung von Dienstleistungen überhaupt

Erträge erwirtschaften können, ist in vielen Unternehmen ungewiss.

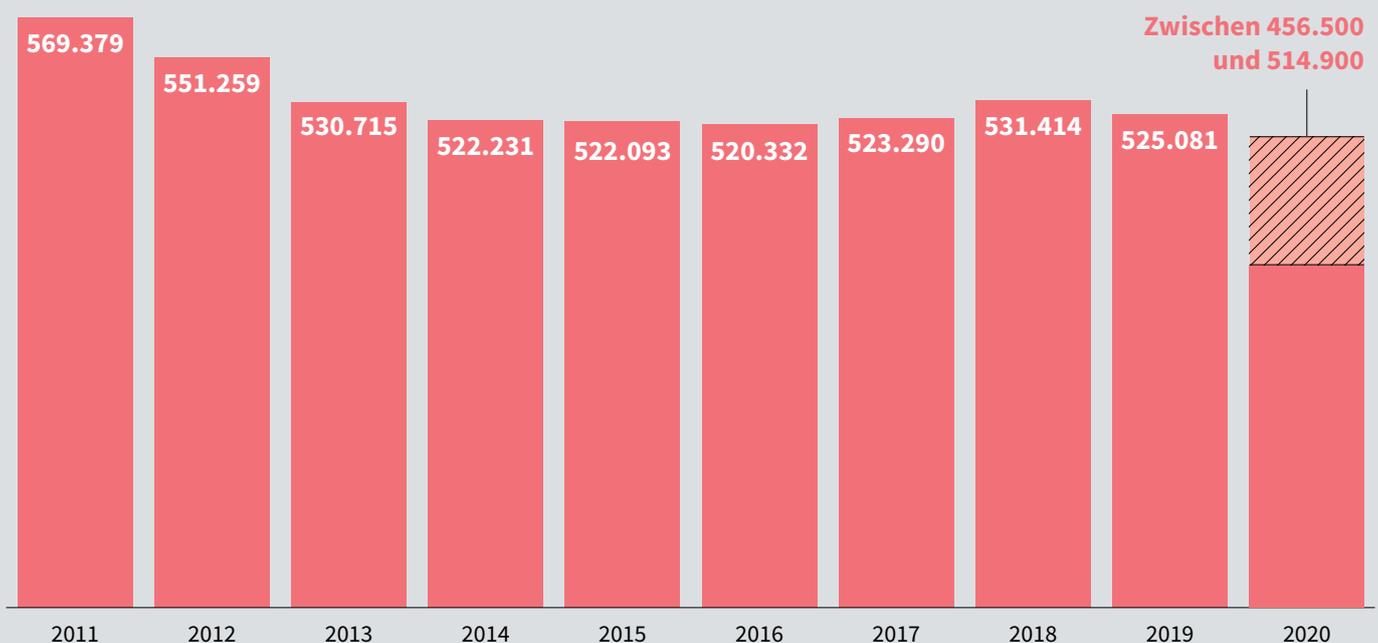
Um Betriebe bei der Ausbildung zu unterstützen und Jugendlichen bei der Ausbildungssuche zu helfen, plant die Bundesregierung derzeit einen „Schutzschirm für Lehrstellen“:

Eine Ausbildungsprämie soll die berufliche Zukunft der Jugendlichen sichern und einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten.

Kleine und mittlere Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern sollen 2.000 Euro Zuschuss je Auszubildenden erhalten, wenn sie „in erheblichem Umfang“ von der Krise betroffen sind und dennoch ihre Ausbildungsaktivitäten aufrechterhalten. Erhöhen sie die Zahl ihrer Auszubildenden sogar, gibt es 3.000 Euro. Ob das eine nennenswerte Wirkung hat oder vielmehr umfangreiche Mitnahmeeffekte auslöst, muss sich erst zeigen. Zielgenauer dürfte die Maßnahme sein, Betriebe mit einer Übernahmeprämie von 3.000 Euro zu fördern, die Azubis aus insolventen Firmen übernehmen. Das wurde kürzlich in der Allianz für Aus- und Weiterbildung verabredet und inzwischen auch vom Bundeskabinett beschlossen.

Deutlicher Rückgang bei den Ausbildungsverträgen erwartet

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge



2020: Prognose
jeweils zum 30. September

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung
© 2020 IW Medien / iwd

„Fachkräfte werden händeringend gesucht werden“

Interview. *Ist es klug, jetzt eine duale Berufsausbildung zu beginnen? Ja, solange das ausbildende Unternehmen nicht in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt, sagt **Achim Dercks**, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags.*

Wie geht es den 1,3 Millionen Azubis? Wie viele sind aktuell in Kurzarbeit?

Zur Kurzarbeit von Auszubildenden gibt es keine gesonderte Statistik. Zumindest den Azubis der Abschlussjahrgänge geht es insoweit gut, dass sie gerade ihre Prüfungen machen konnten – das war ja lange Zeit Corona-bedingt nicht klar, ob das klappt. Wir konnten erst im Frühjahr wieder mit den Prüfungen anfangen. Es bekommen somit alle Azubis, die bestehen, demnächst ihr Zeugnis. Damit können sie dann in ihr Berufsleben als ausgebildete Fachkraft starten.

Ansonsten gilt insgesamt, dass viele Unternehmen kreativ waren, um die Ausbildung auch unter den erschwerten Bedingungen von Corona fortzusetzen, etwa im Homeoffice, wo dann auch die Azubis saßen. In manchen Hotel- und Gastronomiebetrieben haben die Auszubildenden beispielsweise mitgeholfen, den Re-Start nach dem Lockdown vorzubereiten. Dabei haben die jungen Leute automatisch eine Menge über den Arbeits- und Gesundheitsschutz gelernt, das ist ja auch ein wichtiger Teil der Berufsausbildung.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks geht davon aus,

dass sich jeder vierte Betrieb im kommenden Jahr aus der Ausbildung zurückziehen wird. Wie sieht es bei den IHK-Unternehmen aus?

Wir schätzen, dass es zu einem Rückgang im zweistelligen Bereich bei den IHK-Berufen kommen wird. Das ist zum Teil Corona-bedingt, zum Teil kommen hier aber auch Effekte zum Tragen, die schon vor Corona eingetreten sind. Die Automobilindustrie und ihre Zulieferer etwa gerieten schon im vergangenen Jahr in eine wirtschaftlich schwierige Situation. Insgesamt erklären diese Faktoren, warum wir in diesem Jahr einige Herausforderungen am Ausbildungsmarkt zu bewältigen haben.

Würden Sie Ihrem Sohn jetzt raten, eine Mechatronikerlehre zu machen?

Wenn er den Wunsch hat, in diese Richtung zu gehen: ja. Wobei ich ihm natürlich raten würde, eine Ausbildung bei einem Unternehmen zu machen, das gute Perspektiven bietet. Auch in der Zeit nach Corona ist es ja so, dass wir einen wachsenden Fachkräftemangel bei den beruflich Qualifizierten haben werden. Und dann werden auch wieder Mechatroniker – oder in der nächsten Stufe Industriemeister – dringend gebraucht. Im Jahr 2025



Foto: DIHK/Jens Schicke

werden 500.000 Menschen mehr in Rente gehen, als von den Schulen kommen – wir wissen, dass dann Fachkräfte händeringend gesucht werden.

Die Bundesregierung zahlt Corona-geschädigten Unternehmen mit maximal 249 Beschäftigten, die weiterhin ausbilden, zwischen 2.000 und 3.000 Euro Ausbildungsprämie je Azubi. Auch die monatliche Ausbildungsvergütung wird nötigenfalls zu 75 Prozent übernommen. Reicht das an Unterstützung?

Das ist auf jeden Fall ein wichtiges Signal an die Unternehmen, weiter in die Ausbildung zu investieren. Dass allerdings nur kleine und mittlere Unternehmen diese Förderung bekommen, führt natürlich bei größeren Betrieben zu Kritik. Denn wie stark ein Unternehmen durch die Corona-Pandemie wirtschaftlich getroffen wird, hat ja nichts mit der Größe des Betriebs zu tun, sondern eher mit der Branche. Die Möglichkeit der Kurzarbeit gibt es schließlich auch für alle Unternehmen. Da andererseits der Großteil der Ausbildungsbetriebe weniger als 250 Mitarbeiter beschäftigt, werden die Maßnahmen gleichwohl einen positiven Effekt auf den Ausbildungsmarkt haben.

Mehr Wachstumspaket als Soforthilfe

Europäische Union. Die EU-Kommission will einen Fonds in Höhe von 750 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Corona-Krise aufsetzen. Dem vorgeschlagenen Verteilungsschlüssel zufolge profitieren vor allem osteuropäische Länder – sie würden nach Berechnungen des IW mehr Transfers erhalten, als sie durch den Einbruch des BIP im Jahr 2020 voraussichtlich verlieren.

Eine gemeinsame Antwort auf die Corona-Krise finden – darauf konnten sich die EU-Staats- und Regierungschefs in der Diskussion über ein Wiederaufbauprogramm für Europa bislang einigen. Ansonsten gibt es wie immer Streit: Wie viel Geld soll in das Hilfspaket? Wie wird es ausgezahlt? Und wer bekommt wie viel?

Auf dem Verhandlungstisch liegt nach dem Vorschlag der Kommission die Rekordsumme von 750 Milliarden Euro – wovon bis zu 500 Milliarden Euro als Zuschüsse und 250 Milliarden als Darlehen an die Mitgliedsstaaten fließen sollen (Grafik). Damit würde die Behörde erstmals in ihrer Geschichte Schulden im großen Stil aufnehmen, die über gemeinsame EU-Haushalte in den kommenden Jahrzehnten getilgt werden müssten. Für einige Mitgliedsstaaten – allen voran Österreich, Schweden, Dänemark und die Niederlande, mittlerweile auch bekannt als die sparsamen Vier – sind nicht rückzahlbare Zuschüsse in dieser Höhe allerdings ein rotes Tuch. Kredite haben den Vorteil, dass die Kreditnehmer der Kommission das Geld zurückzahlen

müssen und diese damit ihre Schulden für den Hilfstopf begleichen kann.

Deutschland, Frankreich und die südeuropäischen Staaten pochen jedoch auf den hohen Anteil an Zuschüssen, da Länder wie Italien und Spanien bereits auf einem hohen Schuldenberg sitzen.

Welche Länder letztlich wie viele Corona-Hilfen bekommen sollen, wurde zwar noch nicht offiziell verkündet. Im Raum steht aber, dass bei der Verteilung vor allem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Arbeitslosenquote als Maßstäbe herangezogen werden.

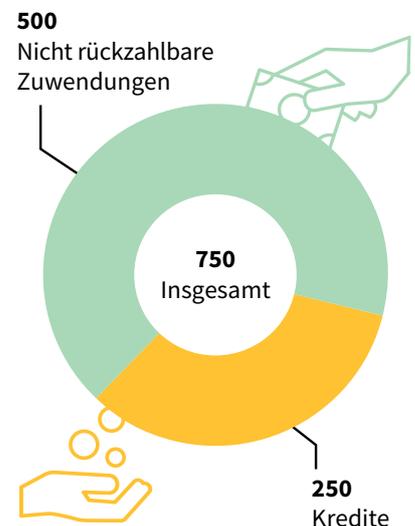
Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft würden dann vor allem die osteuropäischen Länder profitieren (Grafik Seite 7):

Setzt man die Zuwendungen aus Brüssel ins Verhältnis zur Wirtschaftsentwicklung seit dem Ausbruch der Krise, wäre Bulgarien größter Nutznießer des Corona-Hilfspakets.

Die bulgarische Wirtschaft dürfte in diesem Jahr zwar laut Prognose der EU-Kommission um 7 Prozent

Das geplante Corona-Hilfspaket der EU

in Milliarden Euro



Zuwendungen: davon etwa 70 Milliarden Euro an Garantien;
Stand: Juni 2020

Quelle: IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

schrumpfen, durch einen EU-Zuschuss von 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gewinnt das Land letztlich aber 8 Prozentpunkte – umgerechnet rund 4,8 Milliarden Euro.

Neben Bulgarien zählen Kroatien, Polen, Rumänien und Lettland zu den größten Profiteuren des Corona-Hilfspakets.

Irland, Frankreich, Belgien, die Niederlande und Deutschland würden zwar ebenfalls Milliardensummen aus dem Hilfsfonds erhalten, doch gemessen an ihrer höheren Wirtschaftskraft und dem angenommenen BIP-Rückgang in diesem Jahr fallen die Hilfen unterm Strich nicht so stark ins Gewicht.

Lettland und die Niederlande zum Beispiel wurden von der Corona-Krise ähnlich stark getroffen; während die Niederlande aber EU-Zuschüsse von knapp 1 Prozent der Wirtschaftsleistung erhalten sollen, bekäme Lettland mehr als 9 Prozent.

Auch Deutschland erhalte knapp 29 Milliarden Euro in Form von Transfers, hätte aber bei einem von der EU-Kommission prognostizierten realen BIP-Rückgang in Höhe von 6,5 Prozent wirtschaftliche Verluste

von preisbereinigt 223 Milliarden Euro zu verkräften.

Doch auch wenn die Bundesrepublik auf den ersten Blick nicht zu den Abräumern des Hilfspakets gehört, hat sie ein starkes Interesse daran, dass andere EU-Länder wirtschaftlich nicht über die Klinge springen. Deutsche Exportunternehmen brauchen einen starken EU-Binnenmarkt – mehr als die Hälfte der deutschen Warenexporte geht in die 27 Mitgliedsstaaten der EU. Und dieser ist massiv unter Druck, so wie der deutsche Außenhandel insgesamt: Das Institut der deutschen Wirtschaft rechnet damit, dass die deutschen Exporte durch die Krise allein im Jahr 2020 um ein Viertel einbrechen.

Um einen raschen konjunkturellen Impuls für besonders krisengebeutelte Länder handelt es sich bei dem vorgeschlagenen Fördertopf allerdings nicht: Der bisherige Plan sieht vor, dass ein Großteil des Geldes erst ab 2023 ausgeschüttet

wird. Die EU-Kommission nutzt vielmehr die Gunst der Stunde, den ohnehin schwächeren Mitgliedsstaaten in schwierigen Zeiten auf die Beine zu helfen und langfristige internationale Wachstumsimpulse ganz im Sinne des Green Deals und des digitalen Wandels zu geben.

Dafür müssten sich die EU-Mitgliedsstaaten bis Ende des Jahres allerdings einigen. Erste Gespräche finden bereits statt, für Mitte Juli ist ein persönliches Treffen der Staats- und Regierungschefs geplant. Eine Schlüsselrolle bei den Verhandlungen wird die Bundesregierung einnehmen, da Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft zum 1. Juli übernommen hat.

IW-Kurzbericht 71/2020

Matthias Diermeier, Florian Güldner, Markos Jung: Next Generation Solidarity – EU-Wachstumspaket statt Konjunkturliften
iwkoeln.de/eu-coronahilfen

Wer von der EU-Corona-Hilfe profitiert

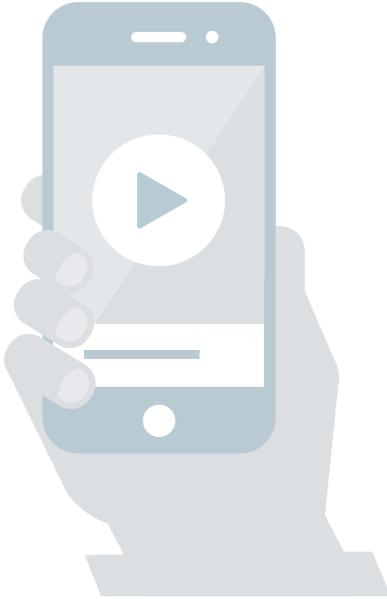
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts 2019

	Geschätzter Rückgang des BIP 2020	Geplante Transferzahlungen im Rahmen des EU-Wiederaufbausfonds	Saldo	
Bulgarien	-7,2	15,2	8,0	↑
Kroatien	-9,1	13,7	4,6	
Polen	-4,3	7,2	2,9	
Rumänien	-6,0	8,8	2,8	
Lettland	-7,0	9,5	2,5	
<hr/>				
Deutschland	-6,5	0,8	-5,7	↓
Niederlande	-6,8	0,8	-6,0	
Belgien	-7,2	1,2	-6,0	
Frankreich	-8,2	1,6	-6,6	
Irland	-7,9	0,6	-7,3	

Geplante Transferzahlungen: nach dem Vorschlag der EU-Kommission, Stand Juni 2020

Quellen: Eurostat, EU-Kommission, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2020 IW Medien / iwd

Lernen mit YouTube



Digitale Bildung. Jugendliche verbringen immer mehr Zeit online, das beeinflusst auch ihre Art zu lernen. Daher ist es umso wichtiger, dass ihnen in der Schule die nötige Medienkompetenz vermittelt wird, um Informationen und Quellen richtig einordnen zu können. Doch hierfür mangelt es an deutschen Schulen immer noch an einer adäquaten digitalen Infrastruktur.

Jugendliche sind der JIM-Jugendstudie zufolge jeden Tag deutlich mehr als drei Stunden online – und das nicht nur zum Vergnügen. Viele nutzen das Internet, um Hausaufgaben zu erledigen, Hausarbeiten zu schreiben oder Inhalte aus dem Schulunterricht zu verstehen und zu vertiefen.

Laut einer vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ausgewerteten Befragung der IW JUNIOR ist das beliebteste Medium der durchschnittlich 17-jährigen Jugendlichen das Video (Grafik):

Für 42 Prozent der Schüler sind Videos die persönlich beste Lernmethode.

Mit großem Abstand folgen die Besprechungen im Unterricht mit 27 Prozent auf Rang zwei. Jeder Achte bevorzugt Texte, ein Zehntel erzielt die größten Erfolge beim Lernen mit Eltern und Freunden.

Dass Videos von Jugendlichen gern zum Lernen genutzt werden, kann verschiedene Gründe haben. So sind Videos ständig verfügbar und können beliebig oft wiederholt

werden. Komplexe Inhalte können audiovisuell oftmals besser aufbereitet und vermittelt werden als in Textform.

Außerdem ist die Themenvielfalt auf Videoplattformen wie YouTube mittlerweile groß – zu nahezu jeder Fragestellung lässt sich online ein entsprechendes Video finden.

Das IW hat ebenfalls untersucht, welche Kriterien für die Schüler bei der Auswahl von Videos am wichtigsten sind. Persönliche Empfehlungen spielen demnach eine große Rolle:

Knapp 52 Prozent der Schüler gaben bei der Auswahl von Videos zu Lernzwecken dem Rat von Freunden die höchste oder zweit-höchste Priorität.

Die Empfehlungen von Lehrern rangieren mit rund 39 Prozent dahinter.

Das Problem an der jugendlichen Freude am Bewegtbild: Videoplattformen im Netz erfüllen mit ihren Inhalten nicht primär einen Bildungsauftrag. Vielmehr verbirgt sich dahinter ein Geschäftsmodell, das auf Klicks und Verweildauer baut.

Lernmethoden: Schüler in Deutschland bevorzugen Videos

So viel Prozent der befragten Schüler finden diese Lernmethode am besten



Befragung von 2.208 Schülern im Alter von 14 bis 21 Jahren im Jahr 2019

Quelle: IW JUNIOR
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Digitaler Unterricht: Oft nur kurze Phasen

So viel Prozent der 15-jährigen Schüler in Deutschland verbrachten 2018 in einer Schulwoche Zeit mit digitalen Geräten im jeweiligen Unterrichtsfach

	Insgesamt	Davon:		
		1 bis 30 Minuten	31 bis 60 Minuten	länger als 60 Minuten
Naturwissenschaften	47	61	25	14
Fremdsprachen	43	63	21	16
Gesellschaftskunde	42	63	24	13
Mathematik	35	55	23	22
Deutsch	34	65	17	18
Bildende Kunst	30	65	22	13
Musik	30	59	23	18
Sport	19	50	22	28

Berechnungen auf Basis der PISA-Schülerbefragung von 4.748 Schülern

Quelle: OECD
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Es gibt somit keinen unabhängigen Bewertungsprozess über die Inhalte und Quellen der Videos. Ob sie faktenbasiert und ausgewogen oder meinungsgesteuert und verzerrt sind, muss der Nutzer allein herausfinden.

Daher ist es von großer Bedeutung, dass den Jugendlichen in der Schule die entsprechende Medienkompetenz vermittelt wird, damit sie ihr Wissen auf Fakten und zuverlässigen Informationen aufbauen. Andernfalls drohen ihnen nicht nur schlechtere Noten, sondern auch ein verzerrtes Weltbild.

Doch digitaler Unterricht ist in deutschen Klassenzimmern immer noch eher die Ausnahme, wie eine Auswertung der PISA-Studie von 2018 zeigt (Grafik):

Mehr als die Hälfte aller 15-jährigen Schüler in Deutschland verbringt in einer regulären Schulwoche in den jeweiligen Unterrichtsfächern keine Zeit mit digitalen Geräten.

Und wenn Unterricht digital stattfindet, dann oft nur kurzzeitig.

Viele Lehrer beschränken sich laut PISA-Studie darauf, den Schülern digitale Aufgaben zur Vor- oder Nachbereitung des Unterrichts zu geben.

Nur knapp die Hälfte aller Lehrkräfte hat ihren Schülern im Unterricht vermittelt, wie man feststellt, ob Informationen subjektiv sind.

Digitaler Unterricht sollte stärker in den Fokus rücken. Dazu müssen auch die Lehrkräfte über die nötigen digitalen Kompetenzen verfügen sowie Konzepte zur entsprechenden Unterrichtsgestaltung an die Hand bekommen.

Denn wenn Jugendliche in der Schule ihre Fähigkeiten verbessern, die Qualität von Online-Inhalten zu bewerten, profitieren nicht nur sie selbst, sondern auch ihr Umfeld: Je mehr Personen in der Lage sind, qualitativ hochwertige Inhalte von solchen zu unterscheiden, die von Interessen beeinflusst sind, desto eher können die Bewertungssysteme der Videoportale dazu beitragen, dass Fake News keine Chance haben.

Das durch die Corona-Pandemie bedingte flächendeckende Home-schooling hat die Probleme in der digitalen Vermittlung von Lerninhalten nochmals verdeutlicht. Das Thema Medienkompetenz ist also wichtiger denn je und sollte so schnell wie möglich systematisch und konzeptionell angegangen werden. Auch sollte das Potenzial digitaler Tools genutzt werden, um Schüler dabei zu unterstützen, Wissenslücken, die während der Phase der geschlossenen Schulen entstanden sind, wieder zu schließen. Die Zeit in der Schule sollte besonders auch vor dem Hintergrund drohender künftiger Schulschließungen optimal genutzt werden. Dies erfordert einen effizienten Methodenmix aus analogen und digitalen Unterrichtsmethoden.

Aus IW-Trends 2/2020

Barbara Engels, Ruth Maria Schüler: Bildung digital? – Wie Jugendliche lernen und Schulen lehren
iwkoein.de/digitales-lernen

Der Wettlauf um den Impfstoff

Corona. Seit Monaten forschen Wissenschaftler auf der ganzen Welt fieberhaft an einem wirksamen Mittel gegen das neuartige Coronavirus. Insbesondere deutsche Forscher haben offenbar die Nase vorn. Dies liegt auch an der regionalen Vernetzung zwischen Forschungsinstitutionen und Pharmaunternehmen.



In der Corona-Krise ruhen große Hoffnungen darauf, dass bald ein Impfstoff gefunden wird. Die große Zahl an Menschen, die sich in kürzester Zeit mit dem Virus infiziert haben, verdeutlicht diese Dringlichkeit. Doch auch der Blick auf die Weltwirtschaft zeigt die Dramatik der Lage: Die weltweite Wirtschaftsleistung wird im Jahr 2020 voraussichtlich um 4 Prozent sinken, der Weltmarkt sogar um 9 Prozent.

Kein Wunder also, dass die Pandemie einen Forschungswettlauf der Superlative ausgelöst hat:

Allein zwischen Dezember 2019 und April 2020 wurden weltweit mehr als 15.000 Forschungsartikel zu Covid-19 veröffentlicht.

Die meisten Veröffentlichungen – rund 2.500 – stammen aus den USA. Deutschland landet mit gut 500 Forschungsbeiträgen zwar nur auf Rang fünf, punktet dafür aber bei der Qualität. Das zeigt der sogenannte Cite Score, dem die Zahl zitierter

Beiträge aus einem Journal zugrunde liegt:

Die Bundesrepublik führt das Ranking zur Qualität der wissenschaftlichen Beiträge zum Coronavirus an – knapp vor den USA und Großbritannien.

Diese vorwiegend an staatlichen Hochschulen betriebene Grundlagenforschung ist Voraussetzung dafür, dass Unternehmen wirksame Medikamente und Impfstoffe entwickeln und auf den Markt bringen können. Wann tatsächlich ein Corona-Impfstoff zugelassen wird, ist aber ungewiss. Noch vor wenigen Jahren wurden für die Entwicklung eines Impfstoffs 15 bis 20 Jahre veranschlagt. Eine staatliche Förderung kann den Prozess zwar beschleunigen, doch nach wie vor muss – neben der Wirksamkeit – auch die Sicherheit eines Wirkstoffs in klinischen Studien bestätigt werden.

An dieser Stelle kommen die Pharmaunternehmen ins Spiel. Denn

anders als die Grundlagenforschung ist die Finanzierung klinischer Studien durch Steuermittel kaum möglich – Unternehmen können die benötigten Investitionen dagegen aus ihrem Gewinn stemmen.

Diese für beide Seiten profitable Arbeitsteilung hat in Deutschland eine lange Tradition. Zahlreiche Pharmaunternehmen haben sich in den vergangenen Jahren oft dort angesiedelt, wo sie renommierte Forschungseinrichtungen in der Nähe haben. Das sorgt für Übertragungseffekte und erleichtert die Zusammenarbeit. Auch in der Corona-Forschung entstehen vor allem dort Unternehmensprojekte, wo sich bereits Forschungseinrichtungen und Pharmaunternehmen tummeln (Grafik):

Forschungshochburgen zu Covid-19 gibt es vor allem im Rheinland, im Rhein-Main-Gebiet sowie in Tübingen, Berlin und München.

Spitzenreiter in der Corona-Forschung ist München, wo derzeit allein acht Forschungsprojekte von Biotechunternehmen laufen. Auch an den Grundlagen wird dort emsig geforscht: Die Ludwig-Maximilians-Universität München hat deutschlandweit bislang die meisten wissenschaftlichen Beiträge zum Coronavirus veröffentlicht.

Im Rennen um einen Corona-Impfstoff sind auch sechs Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen. Die Pharmahochburg NRW hat eine hohe

Expertise – sowohl in der Produktion als auch in der Forschung. Insgesamt elf Unis forschen an Rhein und Ruhr zu Corona und haben zusammen 83 wissenschaftliche Publikationen veröffentlicht.

Das wahrscheinlich vielversprechendste Unternehmen ist in Rheinland-Pfalz beheimatet. Die Firma Biontech aus Mainz befindet sich bereits in der Phase der klinischen Tests für einen Corona-Impfstoff und kooperiert mit dem US-Pharmariesen Pfizer.

Und der deutsche Staat beteiligt sich seit Mitte Juni an dem aussichtsreichen Corona-Impfstoff-Entwickler Curevac aus Tübingen. In der schwäbischen Universitätsstadt laufen derzeit vier Unternehmensprojekte.

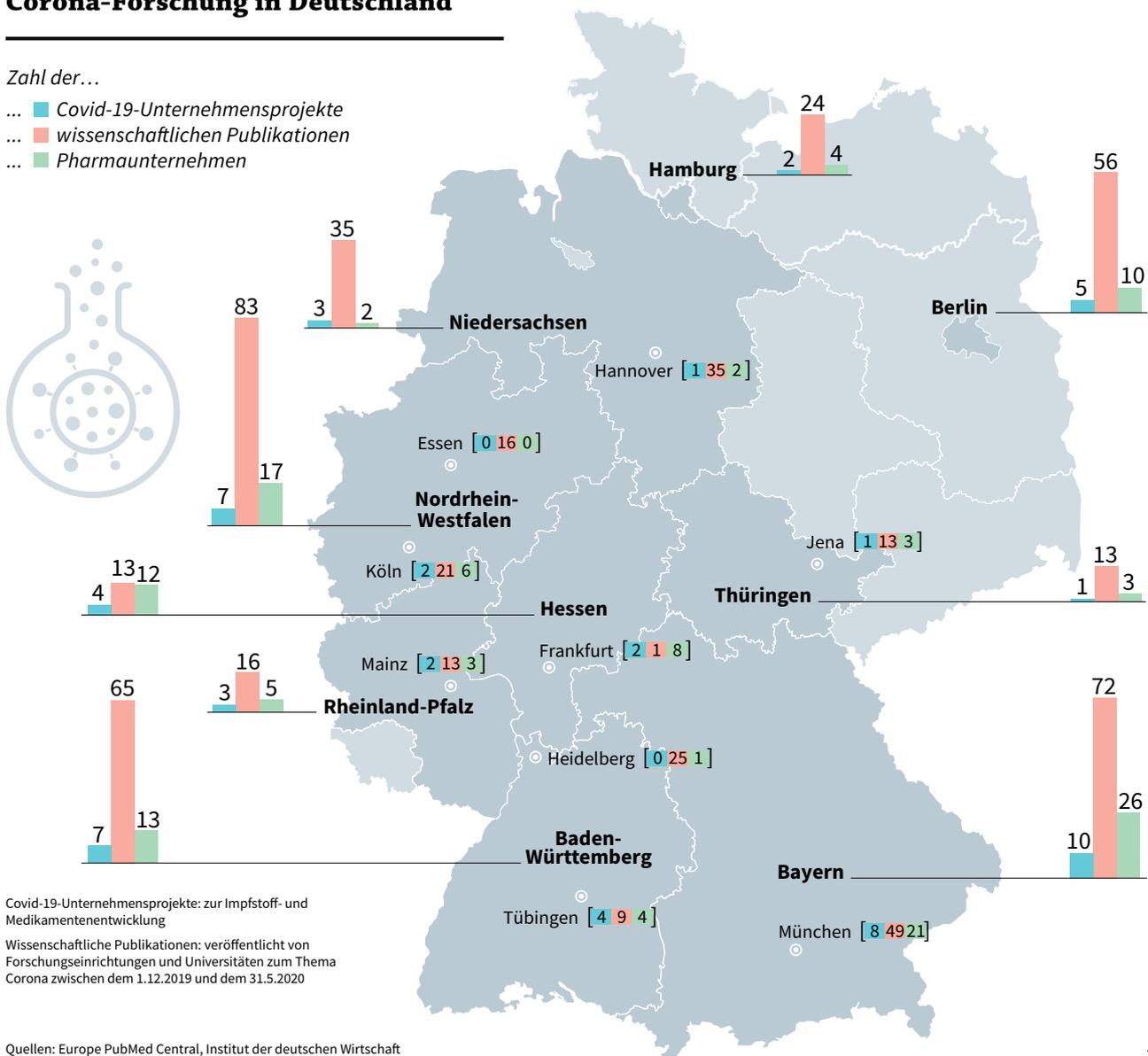
IW-Report 17/2020

Jasmina Kirchhoff, Armin Mertens, Marc Scheufen: Der Corona-Innovationswettbewerb in der Wissenschaft – Eine Analyse der wissenschaftlichen Publikationen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und die Bedeutung für den Pharma-Standort Deutschland
iwkoeln.de/corona-forschung

Corona-Forschung in Deutschland

Zahl der...

- ... Covid-19-Unternehmensprojekte
- ... wissenschaftlichen Publikationen
- ... Pharmaunternehmen



Covid-19-Unternehmensprojekte: zur Impfstoff- und Medikamentenentwicklung
 Wissenschaftliche Publikationen: veröffentlicht von Forschungseinrichtungen und Universitäten zum Thema Corona zwischen dem 1.12.2019 und dem 31.5.2020

„Ich lerne, weil ...?“

Schule. Nach wochenlangem Homeschooling ist bei vielen Schülern der Frust groß. Doch bereits vor der Corona-Krise unterschieden sich die Kinder und Jugendlichen hinsichtlich ihrer Lernmotivation enorm.

Die gute Nachricht: Viele Mädchen und Jungen in Deutschland können dem System Schule durchaus etwas abgewinnen. Der größte Teil der Sechstklässler etwa hat sehr viel Freude an der Schule und weist eine hohe Lernmotivation auf, wie eine Analyse des Nationalen Bildungspanels durch das IW zeigt.

Zwar stammen die Daten aus dem Jahr 2018, doch in der aktuellen Situation, wo sich viele Schüler den Lernstoff nach wie vor überwiegend im Homeschooling aneignen müssen, spielt die Eigeninitiative der Kinder und Jugendlichen eine noch wichtigere Rolle als zu normalen Zeiten. Die vorliegenden Ergebnisse bilden den Zustand ohne Corona-bedingte Schulschließungen ab, liefern aber gleichwohl Hinweise, welche Schülergruppen besonders hohen Förderbedarf aufgrund des eingeschränkten Schulbetriebs haben könnten. Denn die Motivation der 12- bis 13-Jährigen unterscheidet sich je nach sozioökonomischem Hintergrund deutlich (Grafik):

Während Sechstklässler mit Migrationshintergrund im Durchschnitt sehr motiviert sind, ist die Schulbegeisterung von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern und von Alleinerziehenden unterdurchschnittlich.

Um ein weiteres Auseinanderdriften der Leistungen zu verhindern,

sollten die Schulen deshalb nicht nur bald zum regulären Präsenzunterricht zurückkehren, sondern diesen auch motivierend gestalten und die Bedeutung der Inhalte für das spätere Leben der Kinder vermitteln. Denn deren Motivation hängt stark davon ab, ob sie im Erlernten einen Sinn erkennen oder nicht. Zudem könnten Schulsozialarbeiter zusammen mit Eltern und Lehrern Lösungswege für diejenigen Schüler entwi-

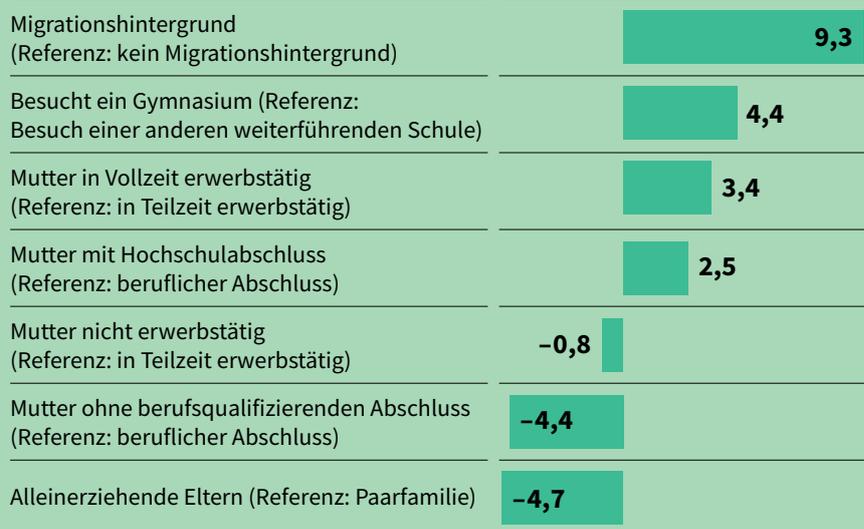
ckeln, die nach monatelangem Homeschooling große Motivationsdefizite aufweisen – so könnten etwa kleinere Lernziele definiert werden, für deren Erreichen die Kinder gezielt belohnt werden.

IW-Report 30/2020

Wido Geis-Thöne: Lernmotivation und Freude an der Schule
iwkoeln.de/lernmotivation

Lernmotivation: Bei Zuwandererkindern besonders hoch

Um so viele Prozentpunkte unterschied sich die Lernmotivation von Sechstklässlern zur ansonsten gleichen Referenzgruppe im Jahr 2018



Sechstklässler: an weiterführenden Schulen

Quellen: Nationales Bildungspanel, Institut der deutschen Wirtschaft © 2020 IW Medien / iwd

Verbraucher erfreut, Firmen verärgert

Mehrwertsteuersenkung. Ab dem 1. Juli werden die Mehrwertsteuersätze temporär gesenkt. Mit der Maßnahme hofft die Bundesregierung, den Konsum zu beleben und damit die Erholung der Wirtschaft von der Corona-Krise zu fördern. Für die Unternehmen hat die Sache aber einen Haken.

Viele Bundesbürger zögern derzeit, größere Anschaffungen zu tätigen, da sie nicht abschätzen können, ob ihr Arbeitsplatz erhalten bleibt – von denjenigen, die in der Corona-Krise bereits ihren Job verloren haben, ganz zu schweigen.

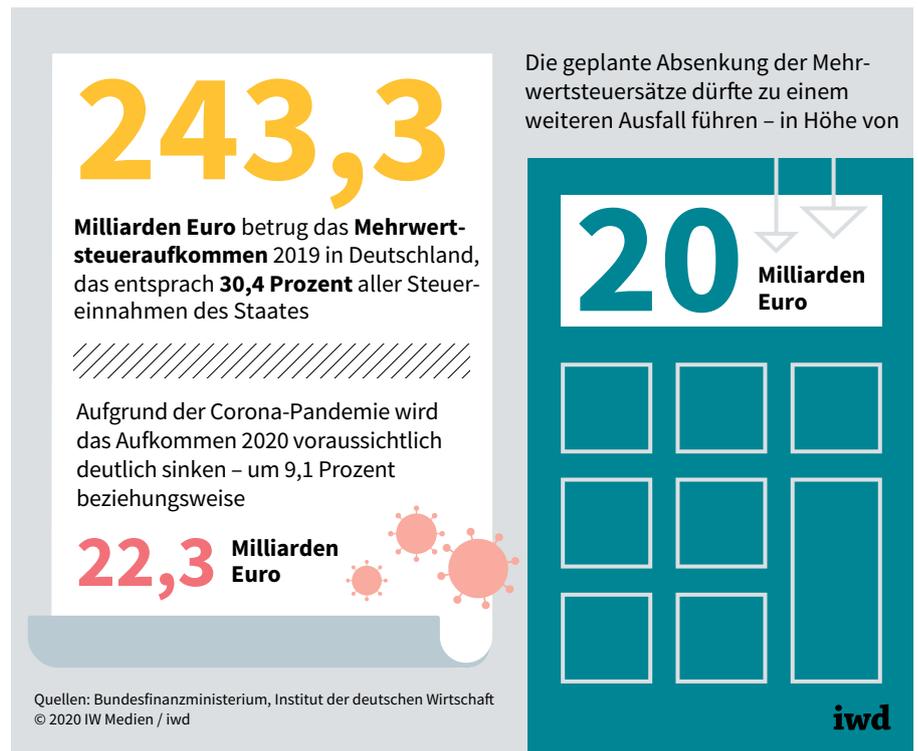
Die Bundesregierung hat vor diesem Hintergrund unter anderem beschlossen, den regulären Mehrwertsteuersatz von 19 auf 16 Prozent und den ermäßigten Satz von 7 auf 5 Prozent zu senken – und zwar ab dem 1. Juli für ein halbes Jahr.

Dies dürfte den Staat zunächst viel Geld kosten (Grafik):

Die temporäre Senkung der Mehrwertsteuersätze wird die Steuereinnahmen des Bundes voraussichtlich um 20 Milliarden Euro verringern.

Dabei sinkt das Mehrwertsteueraufkommen 2020 laut Steuerschätzung aufgrund der Corona-Krise ohnehin um gut 22 Milliarden Euro.

Die Frage ist nun, ob sich dieser Einsatz auszahlt und die Konjunktur wie gewünscht angekurbelt wird. Rein rechnerisch ist der Effekt auf die Verbraucherpreise klar:



Durch die Absenkung des regulären Mehrwertsteuersatzes könnten die entsprechenden Güter effektiv um 2,5 Prozent günstiger werden – bei den Gütern, auf die der ermäßigte Satz erhoben wird, wären es 1,9 Prozent.

Dies setzt allerdings voraus, dass die Unternehmen die Steuersenkung vollständig an die Konsumenten weitergeben. Die Erfahrungen anderer Länder legen nahe, dass die aktuelle Reform in Deutschland zwar wohl nicht alle Produkte verbilligen dürfte, insgesamt aber die Nachfrage wie erhofft angekurbelt wird. Vor allem die Preise langlebiger Güter – wie Möbel oder Autos –, bei denen die Gewinnmargen relativ hoch sind,

könnten spürbar sinken. Doch selbst wenn einige Branchen die Steuersenkung nicht vollständig an die Verbraucher weitergeben, ist die Maßnahme hilfreich, denn sie entlastet dann die Unternehmen.

Problematisch dürfte für viele Firmen allerdings der bürokratische Aufwand sein – so müssen Preise in Geschäftsauslagen, Kassensystemen und Lieferkontrakten geändert sowie Vorsteuerzahlungen für das Jahr 2020 unterschiedlich verrechnet werden. Vor allem bei längerfristigen Verträgen sind Probleme zu erwarten. Das Bundesfinanzministerium sollte deshalb großzügige Übergangsregelungen für die Unternehmen schaffen.

Immer mehr Streaming-Fans

Video-on-Demand. Auch aufgrund der Ausgangsbeschränkungen infolge der Corona-Pandemie entwickelt sich der Streaming-Markt derzeit sehr dynamisch. Das Institut der deutschen Wirtschaft hat fünf Zukunftstrends für Video-on-Demand identifiziert.

„Die besten Geschichten der Welt. Alle unter einem Dach.“ Mit diesen Worten wirbt Disney+, der neue Streaming-Dienst der Walt Disney Company, auf seiner Internetseite um neue Abonnenten. Mit dem im März 2020 in Deutschland gestarteten Angebot tritt Disney in den hart umkämpften Markt des Video-on-Demand (kurz VoD oder oft einfach nur Streaming genannt) ein.

In den letzten Jahren erfreut sich das Streaming einer immer größeren Beliebtheit, wie Umfragen von Eurostat zeigen (Grafik Seite 15):

Rund 61 Prozent der befragten 16- bis 74-jährigen EU-Bürger streamten 2018 Videoinhalte online – zwei Jahre zuvor waren es noch 5 Prozentpunkte weniger.

In Deutschland stieg der Anteil der Streaming-Fans im gleichen Zeitraum von 62 auf 68 Prozent.

Betrachtet man den gesamten Heimvideomarkt, zu dem auch der Kauf oder Verleih von Filmen und Serien in physischer Form gezählt werden, verdrängt das Streaming zunehmend alle anderen Vertriebsformen (Grafik):

Im Jahr 2018 vereinten Online-Streaming-Angebote 59 Prozent des Umsatzes im Heimvideomarkt auf sich, für 2020 wird mit gut 2,4 Milliarden Euro ein Anteil von nahezu 79 Prozent prognostiziert.

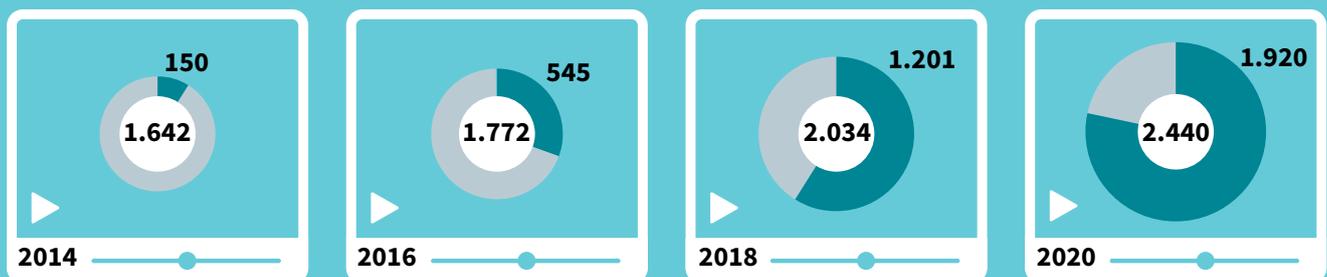
In dieser Prognose noch gar nicht enthalten ist zudem der Corona-Effekt – schließlich haben viele Menschen zuletzt zwangsläufig mehr Zeit zu Hause verbracht.

Auf der Basis dieser Entwicklungen hat das Institut der deutschen Wirtschaft fünf Zukunftstrends für Video-on-Demand identifiziert:

Online-Streaming: Vom Nischenangebot zum größten Umsatztreiber

in Millionen Euro

■ Gesamtumsatz im Heimvideomarkt ■ Darunter: Online-Streaming



2020: Prognose

Quelle: GfK
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

1. Die Beliebtheit von Streaming wird weiter zunehmen.

Während des Lockdowns waren Freizeiteinrichtungen weitgehend geschlossen, sodass sich die Konsumenten vermehrt mit VoD-Diensten die Zeit vertrieben haben. Darunter waren auch viele Menschen, die diese Angebote vorher noch gar nicht nutzten. Im ersten Quartal 2020 schlossen beispielsweise 15,8 Millionen Menschen ein neues Abonnement bei Netflix ab, fast doppelt so viele wie im vierten Quartal 2019. Diese Entwicklung wird verstärkt durch den zweiten Trend:

2. Die Verbreitung von Streaming-Modellen wird vor allem bei älteren Konsumenten zunehmen.

Derzeit gilt: Je älter eine Person, desto wahrscheinlicher ist, dass sie kein Abonnement bei einem Streaming-Dienst besitzt. Nur ein Viertel der 18- bis 24-Jährigen in Deutschland hat kein entsprechendes Abo, bei den Bundesbürgern ab 55 Jahren sind es zwei Drittel. Dieses noch recht unerschlossene Kundensegment birgt aber ein hohes Umsatzpotenzial, sodass Anbieter zunehmend mit entsprechend zugeschnittenen Angeboten locken werden.

3. Eine Monopolisierung des Streaming-Marktes wird ausbleiben.

Die Möglichkeit, mehrere Streaming-Abonnements gleichzeitig zu nutzen, trägt dazu bei, dass für den Gesamtmarkt keine Monopolisierung zu erwarten ist. So teilen sich zum Beispiel im US-Streaming-Markt mit Netflix, Amazon, YouTube und Hulu vier Unternehmen rund drei Viertel der Marktanteile, der Rest verteilt sich auf zahlreiche sonstige Anbieter.

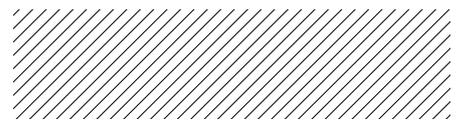
Zudem ist zu erwarten, dass die Wettbewerber sich über ihre Inhalte weiter voneinander differenzieren, wie es bei den Angeboten von Disney oder Apple bereits der Fall ist.

4. Video-on-Demand wird das klassische Fernsehen verändern.

Dass klassische Fernsehsender ihre Sendungen auch in Mediatheken zur Verfügung stellen, ist bereits üblich. Zunehmend wird dieses Angebot aber durch exklusive Online-Inhalte erweitert, wie es zum Beispiel die ProSiebenSat.1 Media mit ihrem Streaming-Dienst Joyn praktiziert. Dieses Verschmelzen von Fernsehinhalten mit Online-Formaten wird weiter zunehmen, mit einer vollständigen Verdrängung des klassischen Fernsehens ist auf absehbare Zeit allerdings nicht zu rechnen.

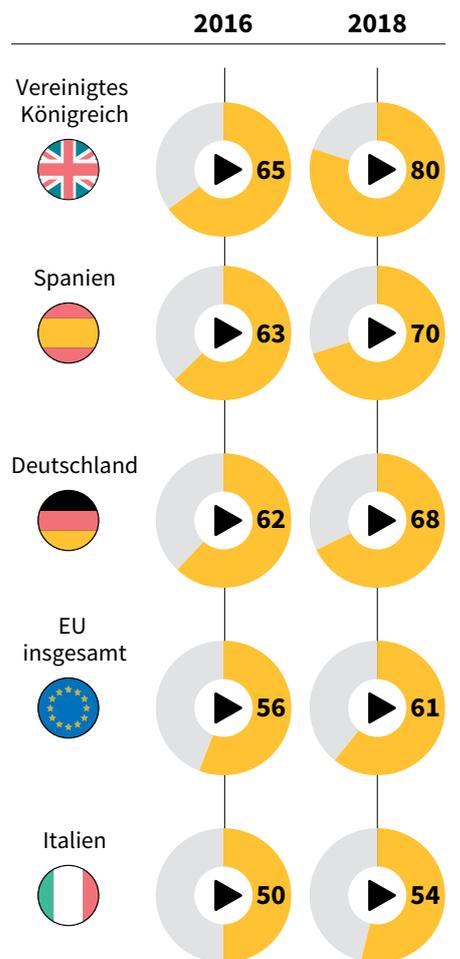
5. Die digitale Infrastruktur könnte sich als Flaschenhals erweisen und die weitere Verbreitung von Streaming-Angeboten verlangsamen.

Im Mobilfunkbereich hat sich die übertragene Datenmenge seit 2014 knapp verzehnfacht, im Festnetzsegment ist das Datenvolumen seitdem etwa um das Sechsfache gewachsen. Im gleichen Zeitraum sind die Investitionen in Telekommunikationsanlagen jedoch nur von 7,4 auf 9,4 Milliarden Euro pro Jahr gestiegen. Die zunehmende Beliebtheit von Streaming-Angeboten stellt die Breitbandinfrastruktur somit vor Herausforderungen: Wenn immer mehr Konsumenten immer mehr Videos in hoher Qualität auch unterwegs sehen wollen, kann sie sich als Engpass erweisen.



Streaming-freudige Briten, zurückhaltende Italiener

So viel Prozent der 16- bis 74-Jährigen schauten Videos oder Fernsehsendungen über das Internet



Quelle: Eurostat © 2020 IW Medien / iwd



IW-Report 30/2020
 Jan Büchel, Christian Rusche: Status quo und Perspektiven von Video-on-Demand in Deutschland
iwkoeln.de/VoD

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff · **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther · **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber · **Redaktionsassistent:** Anja Hüpper · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · **Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon: 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · **Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de · **Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail:** datschutz-iwd@iwmmedien.de.



Zahl der Woche

der Mädchen im Alter von zwölf bis 19 Jahren nutzten 2019 am häufigsten ein Smartphone, um ins Internet zu gehen. Computer und Laptops spielten beim Netzzugang nur bei 15 Prozent die entscheidende Rolle. Jungen im gleichen Alter waren etwas traditioneller unterwegs: Für 68 Prozent von ihnen war das Handy die erste Wahl für den Ausflug ins Web, Computer und Laptops kamen zusammen auf rund 25 Prozent. Nahezu unbedeutend waren andere Geräte wie Tablets, internetfähige Fernseher oder Spielkonsolen. Mittlerweile besitzen 99 Prozent der Haushalte, in denen die Jugendlichen leben, mindestens ein Smartphone; ein Tageszeitungsabonnement gibt es dagegen nicht einmal in der Hälfte aller Familien.

Top-Liste: Teures Abwasser

Die Toilettenspülung zu betätigen oder das Badewasser abzulassen ist in manchen Regionen Deutschlands doppelt oder sogar dreimal so teuer wie anderswo. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der IW Consult, die im Auftrag des Eigentümerverbands Haus & Grund ein Abwasserranking für Deutschlands 100 größte Städte erstellt hat. Die drei günstigsten Städte – Worms, Ludwigsburg und Karlsruhe – liegen allesamt in Süddeutschland. Die teuersten Abwasserkanäle finden sich dagegen fast ausschließlich in ostdeutschen Städten und im Ruhrgebiet. Am meisten zahlt ein Vierpersonenhaushalt in Potsdam – dort werden 2020 im Schnitt 940 Euro an Abwassergebühren fällig. Die vollständige Studie ist abrufbar unter: iwconsult.de.

Abwassergebühren: Großes Gefälle

In diesen Städten sind die jährlichen Abwassergebühren im Jahr 2020 für einen Haushalt mit vier Personen ...

... am höchsten



... am niedrigsten



Vierpersonenhaushalt: mit einem durchschnittlichen jährlichen Frischwasserverbrauch von rund 185 Kubikmetern

Quelle: IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Neu auf iwd.de:



Lieferketten erholen sich

Die Corona-Pandemie hat Staaten rund um den Globus in den Lockdown gezwungen und damit weltweite Lieferketten unterbrochen. Die stark vernetzte Automobilindustrie bekam dies besonders deutlich zu spüren. Doch allmählich bessert sich die Lage, wie eine Auswertung des Instituts der deutschen Wirtschaft belegt.